

Wie ist das mit der Kohle? (2. Teil)

II. Ausmaß der sozialen Verwerfung und Praxis der Entschädigung

In der Tat müssen aufgrund des Braunkohletagebaus regelmäßig Ortschaften aufgegeben und Dorfgemeinschaften umgesiedelt werden. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schilderte dies exemplarisch anhand des Dorfes Immerath.

Immerath

Frankfurter Allgemeine
Wirtschaft

Ein Dorf muss dem Bergbau weichen

Es ist zwar noch eine Klage anhängig, aber für Immerath, ein Örtchen am Tagebau Garzweiler, ist es zu spät. Die meisten Dorfbewohner haben neu angefangen. Wer noch bleibt, plagt sich nicht nur mit Plünderern herum.

17.08.2013

Klick auf den Artikel zeigt den ganzen Artikel

Zweifelsohne bringt dies für viele Menschen außergewöhnliche Härten und im Einzelfall auch leidvolle Schicksale mit sich. Der Verlust von Heimat und Erinnerungen lässt sich nur sehr bedingt materiell kompensieren.

Das von den Lobbyisten der Erneuerbaren Energien Branche gezeichnete Bild, wonach Tausende Menschen unvermittelt und unentschädigt vertrieben werden, entspricht jedoch keineswegs der Realität:

Erstens sind die **Härten vergleichsweise vorhersehbar**. Die Planung neuer Abbaugebiete erfolgt jahrzehntelang im Voraus. Niemand wird über Nacht enteignet und vertrieben. Vielmehr werden von langer Hand – staatlicherseits und unternehmensseitig – Vorkehrungen getroffen, die eine frühzeitige Information der Bevölkerung und sozialverträgliche Lösungen garantieren sollen. Das Beispiel der sächsischen [Gemeinde Großgrimma](#) stellt dabei den Idealverlauf dar. Die Dorfgemeinschaft konnte erhalten und die Lebenssituation für alle Beteiligten noch verbessert werden.

Zweitens gibt es eindeutige **gesetzliche Entschädigungsregelungen**, die oftmals eine materielle Verbesserung der Betroffenen mit sich bringen. Maßgeblich ist hier das **Bundesbergrecht**, das sowohl die Grundlagen der Enteignung regelt, als auch klare Maßgaben hinsichtlich der von den profitierenden Unternehmen zu leistenden Wiedergutmachung vorgibt. Oftmals gelingt es den Unternehmen, die Umsiedlung im Einvernehmen mit der Bevölkerung zu realisieren und Lösungen zu finden, mit denen die Beteiligten leben können. Das Unternehmen RWE ist uns aufgrund seiner unsäglichen VORWEG-GEHEN-Kampagne mindestens ebenso suspekt wie das Unternehmen [E.On](#). Gleichwohl scheinen uns dessen [Erklärungen zur Umsiedlungsproblematik](#) lesenwert.

Hinzu kommt drittens, dass in den vom Braunkohletagebau geprägten Gegenden viele **Menschen ihr Einkommen genau in diesem Bereich verdienen** und daher Verständnis für die unternehmerischen Belange haben sowie eine von vornherein hohe Kompromissbereitschaft an den Tag legen. Der massive Protest gegen neue Abbau- und entsprechende Umsiedlungsvorhaben speist sich hingegen häufig aus Großstädtern und [BUND-Anhängern](#), welche die entsprechenden Projekte eher aus grundsätzlichen ideologischen Motiven bekämpfen, als eine persönliche Betroffenheit geltend machen können.

Im Gegenzug demonstrieren Menschen aus den Tagebauregionen für den Erhalt dieser Energieerzeugungsform. Auf der Seite der Industriegewerkschaft IG BCE werden deren deklarierte Motive genannt: [„Die Zukunft zu sichern, für sich selbst, die eigenen Kinder und für die Menschen in der Region – das hörte man von ihnen am häufigsten als Grund. Das zu erhalten und auszubauen, was Generationen von Bergleuten aufgebaut haben, eine bezahlbare Energiequelle für die Menschen und die Industrie zu sichern.“](#)

So protestierten im brandenburgischen Jänschwalde am 25. März 2015 rund 4000 Arbeitnehmer aus der Braunkohleindustrie für den Erhalt (!) des Tagebaus in der Region Lausitz, den sie durch die Bundespolitik gefährdet sehen. In lokaler und regionaler Verantwortung stehende Politiker, Bürger, Arbeitnehmer und Gewerkschafter fürchten den „sozialen Blackout“ der Region – nicht durch Fortführung, sondern durch Beendigung des Braunkohleabbaus. Den im TV Interviewten zufolge zwingt der politisch forcierte Stopp – nicht die Fortführung der Kohlegewinnung – die Menschen zum Wegziehen. Aus Sicht der Protestierenden stürzen Ökophantasten eine ganze Region in die Perspektivlosigkeit. *„Auf dem Platz schwankt die Stimmung zwischen Wut, Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst,“* berichtete der Sender RBB.



Hier erfahren Sie mehr: <http://www.vernunftkraft.de/jaenschwalde-25-maerz-2015/>

Im Sinne einer objektiven Gesamtschau können die sozialen Auswirkungen der Stromerzeugung aus Braunkohle keineswegs als ein für alle Betroffenen unheilbares Übel schrecklichen Ausmaßes dargestellt werden, wie es Lobbyisten der Erneuerbare Energien Branchen regelmäßig tun.

Wie praktisch jede Form der Energieerzeugung hat die Stromerzeugung aus Braunkohle völlig unbestritten ihre sozialen Schattenseiten. Der entscheidende Unterschied zwischen der Braunkohle und der Windkraft liegt jedoch im Umgang mit diesen Schattenseiten, sprich den Entschädigungsregelungen. Einen sehr guten Überblick zum gesamten Themenkomplex **Enteignung und Entschädigung** bietet das [Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2013](#).

Auf der einen Seite gibt es ein umfangreiches, transparentes und **lang etabliertes gesetzliches Regelwerk** sowie Unternehmen, die aufgrund ihrer inhärent profitablen Geschäftstätigkeit die Mittel haben, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen und sogar noch darüber hinauszugehen und pro-aktiv den sozialen Ausgleich zu suchen.

Auf der anderen Seite gibt es eine flächendeckende, **kalte Enteignung** der Landbevölkerung [ohne jede gesetzliche Kompensationsregelung](#). Einen Eindruck vermittelt dieses Video einer Bürgerin aus Ostfriesland

<https://youtu.be/v-WpyAqgnZ4> (Wir danken der [BI Weitblick Ostfriesland](#) für den Hinweis)

sowie diese Auszüge von im Norddeutschen Rundfunk und im ZDF gesendeter Reportagen:

<https://youtu.be/lhWvPyHzT8Q>

Symptomatisch für viele uns persönlich bekannte und noch viel mehr unbekanntes Leidtragende ist die hier skizzierte [Landflucht](#) (<http://www.sw-anzeiger.de/schweinfurt/aktuelles/gerald-meyer-und-susanne-latta-haben-die-reissleine-gezogen-haus-wegen-windraedem-verkauft-landflucht-erfaehrt-eine-voellig-neue-dimension-d7973.html>) von Gerhard Meyer.

III. Ausmaß der ökologischen Schädigung und Praxis der Renaturierung

Was für die sozialen Schattenseiten gilt, trifft sinngemäß auch für die ökologischen Nachteile der Stromerzeugung aus Braunkohle zu.

Der Braunkohleabbau erfordert bzw. führt zur [Absenkung des Grundwasserspiegels](#). Dort, wo vor dem Braunkohleabbau Kulturlandschaft oder gar [ökologisch hochwertiger Wald](#) war, werden Wald und Landschaft auf Jahrzehnte zerstört. Die Verstromung der Kohle führt zur Emission von Luftschadstoffen (i.W. Schwefeldioxid und Flugasche) sowie von Kohlenstoffdioxid, welches gemeinhin als Ursache des anthropogenen Klimawandels gilt.

Zur Eindämmung, Vermeidung und Kompensation dieser ökologischen Schädigungen gibt es vielfältige technische, planerische und politische Ansätze.

Das **Problem der Luftverschmutzung** kann in Deutschland aufgrund des erfolgreichen Zusammenspiels aus Regulierung und technologischem Fortschritt als weitestgehend gelöst betrachtet werden. Der durch SO₂ verursachte „Saure Regen“ gehört dank moderner Entschwefelungsanlagen seit Jahrzehnten der Vergangenheit an, Verschmutzungen der Atemluft werden durch Elektrofilter nahezu vollständig vermieden.

Während zu DDR-Zeiten der durch SO₂-Emissionen verursachte typische Braunkohlegeruch und die damit verbundenen Gesundheits- und Umweltprobleme allgegenwärtig waren, so können Pflanzen, Menschen und Tiere mittlerweile selbst in unmittelbarer Nähe der Kraftwerke frei atmen. Die großen Schwaden, die üblicherweise aus Kühltürmen empordampfen und seitens einschlägig motivierter politischer Verkäufer von Windkraftanlagen gerne als Symbole des Schreckens instrumentalisiert werden, sind nichts anderes als harmloser Wasserdampf.

Den mit der **Absenkung des Grundwasserspiegels** verbundenen Problemen wird durch gesetzlich vorgeschriebene, von den Unternehmen bezahlte (!), Maßnahmen entgegengewirkt. Auf den Seiten des [Diercke-Weltatlas](#) ist dies anschaulich beschrieben:

Die Gewinnung von Braunkohle im Tieftagebau setzt voraus, dass eine Absenkung des Grundwassers bis unter die Tagebausohle erfolgt. Daher müssen im Umfeld des Tagebaus die oberhalb der Braunkohle gelegenen Grundwasserleiter entleert und die unterhalb der Flöze liegenden Schichten vom Wasserüberdruck entspannt werden. Dies erfolgt mit Galerien

von Brunnen im Bereich des aktiven Tagebaufeldes. Durch den seit Mitte der 1950er-Jahre vollzogenen Übergang zur Großtechnologie mit wenigen, flächenhaft ausgedehnten Abteufungsarealen gehen sowohl Grundwasserabsenkung als auch Grundwasserentspannung deutlich über den engeren Tagebaubereich hinaus. Die tatsächliche räumliche Ausdehnung ist abhängig sowohl von Ausmaß und Dauer der Grundwasserentnahme als auch von den tektonischen (Verwerfungen, Schollenbildung) und stratigraphischen (Schichtung, Durchlässigkeit, Stockwerksgliederung) Strukturen des Untergrundes. Die durch Verwerfungen begrenzten Schollen führen im Wesentlichen ein hydrologisches Eigenleben; bereichsweise können aber durch „geologische Fenster“ auch Einflüsse auf Nachbarschollen auftreten.

Die Diskussion um die Folgen der Grundwasserabsenkung erreichte um die Mitte der 1970er-Jahre bei der Planung des Großtagebaus Hambach erstmals eine breitere Öffentlichkeit. Denn auch in erheblicher Entfernung von den Tagebauen sind die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Grundwasserabsenkung noch spürbar. Verbindliche Auflagen seitens des Gesetzgebers, in diesem Fall des Landes Nordrhein-Westfalen, geben inzwischen vor, dass der Braunkohlenabbau ökologisch vertretbar sein muss. So entstand in den 1980er-Jahren ein ökologisches Anforderungsprofil für den bestehenden Tagebau Garzweiler I, das vom Betreiber zu erfüllen ist. Eine der Anforderungen lautet, dass jährlich rund 55 Mio. Kubikmeter Wasser aus der Sumpfung zur Trockenhaltung des Tagebaus in verschiedene Bereiche der betroffenen Region geliefert werden müssen, um Beeinträchtigungen des Wasser- und Naturhaushaltes ausgleichen oder vermeiden zu können.

Die Erfahrungen, die seit den 1980er-Jahren mit Maßnahmen wie diesen gemacht wurden, zeigen, dass die Ausweitung der Grundwasserabsenkung in sensiblen Gebieten vermieden werden kann. Für die Fortführung des Braunkohlenabbaus im Anschlusstagebau Garzweiler II, in dem 2006 der Betrieb aufgenommen wurde, mussten auch die Ausgleichsmaßnahmen fortgeführt und verstärkt werden. Von Jüchen aus führt derzeit ein rund 125 Kilometer langes Rohrleitungssystem zu verschiedenen Feuchtgebieten. Dieses Pipelinesystem wird parallel zur Ausweitung des Tagebaus Garzweiler nach Westen fortentwickelt. Mit einem intensiven Überwachungsprogramm (Monitoring) soll außerdem sichergestellt werden, dass insbesondere die Feuchtgebiete des internationalen Naturparks Maas-Schwalm-Nette vor Grundwasserabsenkungen verschont bleiben.

Inwieweit diese Maßnahmen im Einzelfall und im Allgemeinen ausreichend sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Glaubt man der Interessenvertretung der Braunkohleunternehmen, so wird alles Mögliche getan, um die Herausforderungen zu meistern – und das erfolgreich. Die Sichtweise des Lobbyverbands der Braunkohle findet sich unter [diesem Link](#).

Glaubt man dem BUND, so sind die Probleme unlösbar und die Akteure verantwortungslos. Die Sichtweise des eng mit der Windkraftindustrie verflochtenen „Naturschutz“-Verbandes findet sich unter [diesem Link](#).

Ähnlich verhält es sich mit der Problematik der buchstäblich „weggebaggerten“ Flächen – auch hier wird dem Thema mit klaren gesetzlichen Regelungen und langfristigen Planungen begegnet. Dazu schreibt das [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Braunkohlebergbau verändert die Landschaft nachhaltig; er ist immer mit gravierenden Eingriffen in den Lebensraum von Mensch und Tier und in die Natur allgemein verbunden. **Im Rahmen landesplanerischer und bergrechtlicher Genehmigungsverfahren wird versucht, zwischen energiewirtschaftlichen, sozialen, technischen und umweltbezogenen Interessen einen Ausgleich herzustellen.** Dabei wird der Öffentlichkeit – zum Beispiel den Bürgern, Fachbehörden, Umweltverbänden – die Möglichkeit zur Einflussnahme und Mitbestimmung eingeräumt.

Einen plastischen Eindruck der Schwierigkeiten aber auch der Erfolge bei den Bemühungen um die Renaturierung von Berbaufogelandschaften vermitteln die [hier verlinkten Filme](#) eines bundeseigenen Unternehmens.

Ob das Ergebnis dieser Bemühungen akzeptabel ist oder nicht, bleibt eine subjektive Einschätzung.

Objektive Tatsache ist jedoch, dass die flächenmäßige Relevanz dieses Problems – siehe Abschnitt I – vergleichsweise gering ist. Dazu schreibt das [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Seit Beginn der Abbautätigkeit hat der Braunkohlebergbau **insgesamt rund 174.700 ha** in Anspruch genommen, davon sind bereits **ca. 69 % wieder rekultiviert**. Rund 19 % der rekultivierten Flächen sind als landwirtschaftliche Flächen, ca. 30 % als forstwirtschaftliche Flächen und ca. 13 % als Wasserflächen hergestellt worden.

Die Fläche der Bundesrepublik beträgt 357.168 km². Davon wurden bislang also überhaupt nur 0,048 Prozent in Anspruch genommen. Von dieser Fläche wurden mehr als 2/3 wieder rekultiviert oder renaturiert. Man google hierzu einmal den Begriff 'Südsee Dresden'

Glaubt man der Interessenvertretung der Braunkohleunternehmen, so werden die Flächen im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen und von den Unternehmen bezahlten, also im Strom bereits eingepreisten Maßnahmen, dabei häufig **ökologisch aufgewertet**. Entsprechende „Anekdoten“ dazu findet man unter [diesem](#) und [diesem Link](#).

Glaubt man dem BUND und damit den Sachwaltern der Windkraftindustrie, so entstehen trotz konzederter „*Fortschritte in der Rekultivierungstechnik*“ lediglich ökologisch minderwertige Kunstlandschaften, wie unter [diesem Link](#) zu lesen ist.

Auch hier wagen wir nicht den Versuch eines objektiven Urteils. Vielmehr laden wir dazu ein, subjektive Eindrücke der Realität in den „vom Braunkohleabbau gezeichneten“ Gebieten zu machen. Beispielsweise im Feriengebiet Senftenberger See.



Mit einem Klick gelangen Sie zur Homepage des Feriengebiets.



„Seelhauser See (von Sausedlitz Seite gesehen)“ von Oligenom – Eigenes Werk. Lizenziert unter CC BY-SA 3.0 über Wikimedia Commons

Zu den Kohlendioxidemissionen schließlich ist anzumerken, dass diese bei der Braunkohleverstromung in der Tat höher als bei anderen vergleichbaren (d.h. zur Deckung der Grundlast fähigen) Stromerzeugungsformen sind. Insbesondere die in dieser Hinsicht umweltfreundlichsten [Gaskraftwerke werden allerdings durch den Windkraftausbau verdrängt](#). Braunkohle-Kraftwerke als „Klimakiller“ oder „Dreckschleudern“ zu bezeichnen, wie es die Windkraftlobby immer wieder tut, geht allerdings an der Realität vorbei.

Zum einen wird durch Inbetriebnahme neuer Kraftwerke und Abschaltung von Altanlagen die Effizienz der Stromerzeugung aus Braunkohle in Deutschland stetig erhöht; der in 2013 um rund ein Prozent auf etwa 162 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) gestiegenen Stromerzeugung stand beispielsweise ein Rückgang des Kohlenverbrauchs in den deutschen Braunkohlekraftwerken um 1,5 Prozent gegenüber. Zum anderen gilt es bei der Abschätzung der „Klimagefahren“ die [Dimensionen](#) zu berücksichtigen:

Deutschland trägt zu den globalen CO₂-Emissionen ungefähr 2,5 % bei. Egal, was in Deutschland passiert, wird dieser Anteil bis 2030 auf deutlich unter 2% sinken. Deshalb, weil allein die **Zuwächse** in China und Indien unsere **Gesamtemission** deutlich übertreffen. Was in Deutschland an CO₂ emittiert wird (Gesamtemissionen), entspricht der Menge, die in China alle 14 Monate neu hinzukommt. Wenn Deutschland morgen aufhörte zu existieren, wäre dies in der globalen CO₂-Bilanz allein durch China nach einem guten Jahr vollständig ausgeglichen. Bereits aufgrund dieser Dimensionen ist ausgeschlossen, dass man von deutschem Boden aus einen Einfluss auf das Weltklima entfalten kann. Dem Klima ist es im Übrigen egal, ob ein CO₂-Molekül aus dem Auspuff eines PKW, dem Kamin eines Kachelofens oder dem Schornstein eines Kraftwerks kommt. Der gesamte Energieverbrauch ist maßgeblich. Zu dessen Deckung tragen alle Braunkohlekraftwerke zusammen knapp 12 % bei. Es geht also größenordnungsmäßig um 12 % von 2,5 %, also **0,3 Prozent der globalen Emissionen**, die durch deutsche Braunkohleverstromung entstehen.

Wer deswegen trotzdem einen Anlass sieht, die Klimagefährdung zu beschwören, muss zumindest die Existenz des Europäischen Emissionshandelssystems zur Kenntnis nehmen. Dieses legt die Gesamtemissionen für alle EU Staaten insgesamt verbindlich fest; alle potentiellen Emittenten der großen, energetisch relevanten Industriezweige müssen innerhalb dieses gedeckelten Kontingents Emissionsrechte („Zertifikate“) erwerben. Energieerzeugungsunternehmen sind vollständig erfasst und müssen für jedes emittierte Gramm CO₂ ein entsprechendes Zertifikat nachweisen. Diese Zertifikate werden an Börsen oder zwischen den Anlagenbetreibern frei gehandelt, wobei das Kontingent sukzessive verkleinert wird. Das System stellt im Prinzip sicher, dass das CO₂ – Reduktionsziel eingehalten wird und Emissionen an den Stellen eingespart werden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Im Zweifel ist dies eher nicht in Deutschland der Fall, wo bereits sehr effiziente Anlagen im Einsatz sind. Einsparungen im deutschen Stromsektor führen dazu, dass im deutschen Stromsektor weniger Zertifikate benötigt werden, der Zertifikatspreis also sinkt. Damit wird es für Unternehmen in anderen Sektoren und Regionen weniger lukrativ, in Emissionsvermeidung zu investieren. Plakativ ausgedrückt: In osteuropäischen Kohlekraftwerken werden im Zweifel keine effizienteren Turbinen mehr eingebaut, da die Ersparnis bei den Zertifikaten die Investition nicht mehr rechtfertigt. Aber auch in anderen Industriezweigen innerhalb Deutschlands verändert ein reduzierter Zertifikatspreis das Investitionskalkül. Man kann es drehen, wie man will: Am Ende bestimmt allein das EU-weit festgelegte Kontingent an Zertifikaten, wieviel CO₂ in Europa emittiert wird.

In der **Gesamtschau** ist, was die ökologischen Wirkungen der Braunkohleverstromung betrifft (ganz ähnlich wie bei den sozialen Auswirkungen), im Vergleich zur Windkraft ein fundamentaler Unterschied festzustellen.

Dieser fundamentale Unterschied ist politisch-institutioneller Natur:

Beim Braunkohleabbau haben Natur und Umwelt eine schlagkräftige, starke Lobby auf ihrer Seite. Ein Stück Wald ebenso wie eine dort beheimatete seltene Art kann sich der tatkräftigen bis militanten Unterstützung durch den BUND, Greenpeace oder andere, den Umweltschutz im Namen tragende NGOs, sicher sein.

Beim Windkraftausbau haben Natur und Umwelt dieselben Akteure allzu häufig gegen sich.

Beim Braunkohleabbau hat der faire Interessenausgleich eine Chance, da Profitinteressen und Naturschutzinteressen einander entgegenstehen. Weder NABU noch BUND profitieren finanziell an der Braunkohleverstromung oder sind ideologisch auf diese Art

der Energiegewinnung festgelegt.

Genau das Umgekehrte gilt bei der Windkraft. Die Natur wird von ihren vermeintlichen „Anwälten“ systematisch verraten.

Fazit:

Dieser Artikel soll keine Lanze für die Braunkohle brechen.

Dies ist die Aufgabe einschlägiger Lobbygruppen, beispielsweise des oben genannten Bundesverbandes der Braunkohleindustrie. Wir haben aber keine Anhaltspunkte, dass dieser Verband [die Öffentlichkeit gezielt belügt](#), seine Klientel zu einer „harten Gangart“ anregt und Projektierer im Ausschalten von Bürgerinitiativen schult, wie es uns vom Bundesverband Windenergie überliefert ist.

Der Artikel soll vielmehr zu einer unvoreingenommenen Sicht auf die Dinge ermuntern. Mit einer solchen Sicht liegt es unseres Erachtens auf der Hand, dass die Schattenseiten der Windkraft weniger stringent gesetzlich adressiert und noch weniger medial präsentiert und öffentlich wahrgenommen werden, als jene der Braunkohle.

Würden für den Ausbau von Windkraftanlagen die gleichen gesetzlichen Standards gelten, wie sie für den Betrieb von Braunkohletagebauen seit Jahr und Tag etabliert sind und praktiziert werden, so müssten [wir](#) uns um das Wohl von Mensch und Natur weitaus weniger Sorgen machen.

Würden für den Betrieb von Windkraftanlagen die gleichen [marktwirtschaftlichen Randbedingungen](#) gelten,

 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Uwe Beckmeyer MdB Parlamentarischer Staatssekretär Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft HAUSANSCHRIFT Schamhorststraße 34-37, 10115 Berlin POSTANSCHRIFT 11019 Berlin TEL. +49 30 18615 6114 FAX +49 30 18615 5103 E-MAIL uwe.beckmeyer@bmiwl.bund.de DATUM Berlin, 11. April 2014
---	---

Frau
Annalena Baerbock
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat April 2014
Frage Nr. 32

Sehr geehrte Frau Kollegin, *liebe Frau Baerbock,*

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig die finanziellen Begünstigungen für die Braunkohlewirtschaft in Deutschland, wie sie nach der Definition des Umweltbundesamtes für seinen Bericht über die umweltschädlichen Subventionen zu Grunde gelegt werden, und wie haben sich diese gewährten Begünstigungen in den vergangenen 10 Jahren entwickelt?

Antwort:

Die Braunkohlenindustrie erhält keine staatlichen Subventionen, die dem Verständnis des im Subventionsbericht der Bundesregierung verwandten Subventionsbegriffs zu Grunde liegt. Die Bundesregierung berichtet regelmäßig dem Bundestag und dem Bundesrat mit dem Subventionsbericht über die Finanzhilfen des Bundes und die Steuervergünstigungen. Dabei werden unter Finanzhilfen die Geldleistungen des Bundes an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung verstanden, während es sich bei Steuervergünstigungen um spezielle steuerliche Ausnahmeregelungen handelt, die für die öffentliche Hand zu Mindereinnahmen führen. Weder der Braunkohlenbergbau als Wirtschaftszweig noch ein privates Unternehmen der Braunkohlenindustrie erhält Geldleistungen aus dem Bundeshaushalt. Auch gibt es keine speziellen steuerlichen Ausnahmeregelungen für die Braunkohlenindustrie.

Mit einem Klick öffnet sich der Brief.

unter denen sich Braunkohle-Kraftwerke seit Gründung der Bundesrepublik erfolgreich behaupten, so würde es in Deutschland keine Windkraftanlagen und damit keinen Anlass für diesen Artikel geben.

Wir grüßen Sie herzlich
Ihre BI Gegenwind Straubenhardt e.V.

Quelle: <http://www.vernunftkraft.de/wie-ist-das-mit-der-kohle/>